

Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen für die Ratsversammlung am 8. Juli 2016

Stellungnahme zur beabsichtigten Erhöhung der Kreisumlage zum 01.01.2017

Die Ratsversammlung beschließt folgende Stellungnahme:

Die Ratsversammlung Geesthacht lehnt die vom Kreis geplante Erhöhung der Kreisumlage zum 01.01.2017 angesichts der eigenen sehr schwierigen Haushaltslage ab.

Geesthacht hat in den vergangenen Jahren im Durchschnitt ca. 10 Mio. EUR Kreisumlage jährlich gezahlt

– zum Vergleich: das ist aktuell ungefähr die Höhe der Gewerbesteuereinnahmen der Stadt.

Die vom Kreis geplante Erhöhung der Kreisumlage würde eine weitere Belastung von ca. 500.000,- EUR jährlich bedeuten und das strukturelle Defizit erhöhen.

Die Zahlungen an den Kreis würden von bisher knapp 11 Mio. EUR auf 11,5 Mio. EUR jährlich steigen.

Andererseits sind in den letzten Jahren die finanziellen Beiträge des Kreises für Geesthacht kontinuierlich gesunken. So erhält Geesthacht beispielsweise keinen Kreisinvestitionszuschuss für den geplanten neuen Kindergarten.

Die Ratsversammlung fordert den Kreistag daher auf, von der Erhöhung der Kreisumlage Abstand zu nehmen.

Für die Fraktionen:

SPD - Kathrin Wagner-Bockey

Bündnis 90/ Die Grünen - Ali Demirhan